

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!  
Sehr geehrter Herr Bildungsstadtrat!  
Sehr geehrter Herr Bildungsdirektor!

30.08.2020

**Betrifft: Forderung nach Gleichbehandlung von Landeslehrpersonen mit Bundeslehrpersonen  
Landeslehrpersonen und Risikogruppen**

Liebe Verantwortliche für die Schulen Wiens,

wir möchten als Lehrer\*innenvertretung darauf hinweisen, dass die Regelungen, die das BMBWF im Konzept „Schule im Herbst“ verlautbart hat, den derzeitigen Stand der Wissenschaft sehr gut widerspiegeln. Unsere Forderungen und Empfehlungen bezüglich der Anpassungen der Hygienemaßnahmen und des Schutzes von vulnerablen Personengruppen sehen wir insofern verwirklicht, dass einerseits der Schulbetrieb an pragmatische handhabbare Hygienekonzepte gekoppelt ist und andererseits die drei Risikogruppen, das sind Zugehörige zur COVID-19-Risikogruppe, Lehrkräfte, die mit Angehörigen einer COVID-19-Risikogruppe im gemeinsamen Haushalt leben und Lehrkräfte mit psychischer Belastung, sich vom Präsenzunterricht nach einer ärztlichen Konsultation befreien lassen können. Wir denken, der Dienstgeber kommt gerade dadurch seiner Verpflichtung gemäß §3 B-BSG nach. Hierdurch steht es der jeweiligen Lehrperson frei, das individuelle Erkrankungsrisiko selbständig einzuschätzen und zu reduzieren, wenn sich die eine oder andere Präventionsmaßnahme am Schulstandort nicht umsetzen lässt. Auch die Klagerisiken wegen Amtshaftung oder fahrlässiger Körperverletzung werden so reduziert, schließlich trifft dem Dienstgeber beim Bediensteten-Schutz durch das BSG auch eine Garantenstellung und das BSG gilt für Bundes – und Landesschulen gleichermaßen.

Wir erwarten, dass es nicht wieder zu einer unterschiedlichen Handhabung bzgl. des Einsatzes vulnerabler Landeslehrpersonen zum Präsenzdienst an den Schulen im Gegensatz zu den Bundeslehrpersonen kommt. Dies wäre aus Sicht der unabhängigen Lehrer\*innengewerkschaft eine nicht zu tolerierende Ungleichbehandlung.

**Wir fordern daher eine Übernahme der Regelungen für die drei Risikogruppen auch für die Landeslehrpersonen und eine Gleichbehandlung mit den Bundeslehrpersonen.**

Infizieren sich Lehrpersonen in Schulen und erfolgt eine Weitergabe an im selben Haushalt lebende vulnerable Personengruppen muss auch die Gewerkschaft aktiv werden und in jenen Fällen eine Amtshaftungsklage prüfen, wo durch schwere Covid-19-Krankheitsverläufe Langzeitfolgen wahrscheinlich sind. Das wollen wir aber vermeiden.

Gabriele Bogdan (Mitglied des ZA APS Wien)

Astner Claudia

(Vors. des DA FSO Sparte, Mitgl. der Bundesleitung der Gewerkschaft der Pflichtschullehrer\*innen)

Elisabeth Klingler, Bernd Kniefacz (DA FSO Sparte)

Sylvia Ochmann (Vors. Stv. des DA SO)

Gabriele Demel (DA Ost 7)



**Engagiert – parteiunabhängig – solidarisch!**

Für die apfl-ug: Gaby Bogdan, Mitglied des ZA Wien, 2484 Weigelsdorf, Schotterweg 14